

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Verlagspreis
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 110.

Montag, 15. Mai 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kais. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kaskantenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Das unterzeichnete Königl. Amtsgericht hat heute im Handelsregister für seinen Bezirk auf Fol. 252 die Firma

G. Schumann

in Riesa und als Inhaber derselben

Herrn Franz Emil Schumann,
Korbmacher in Riesa

eingetragen.

Riesa, am 13. Mai 1893.

Königl. Amtsgericht.

J. A. H. Schm. S.-R.

Das unterzeichnete Königl. Amtsgericht hat heute im Handelsregister für seinen Bezirk auf Fol. 253 die Firma

Bähler & Wallbaum

in Riesa und als Inhaber derselben

Herrn Richard Hermann Bähler,
Baumeister in Dshay

und

Herrn Heinrich Eduard Johannes Wallbaum,
Baumeister in Riesa

eingetragen.

Riesa, am 13. Mai 1893.

Königl. Amtsgericht.

J. A. H. Schm. S.-R.

Tagesgeschichte.

Der angebliche Brief des Prinzen Albrecht von Preußen, den der socialdemokratische „Vorwärts“ abdruckt, hat in viel Blätter, selbst in die „Nordd. Allgem. Ztg.“ Aufnahme gefunden. Das socialdemokratische Blatt selbst umrahmt den Brief mit folgenden Bemerkungen: „Ein fliegendes Strohhalmchen zeigt, woher der Wind kommt und wohin er geht. Und kommende Ereignisse werfen ihren Schatten voraus. Ein solches Strohhalmchen wurde uns durch einen freundlichen Wind auf das Redaktionspult geweht. Es ist ein Blatt Papier, auf welchem zu lesen steht (hier folgt der bereits skizzierte Brief und sodann folgende Betrachtung): „Prinz Albrecht von Preußen ist seit dem 21. October 1885 Regent des Herzogthums Braunschweig. Durch ein merkwürdiges Zusammenreffen ist der Brief an dem nämlichen Tage geschrieben, an welchem Kaiser Wilhelm bei einer Revue auf dem Tempelhofer Felde aussprach: „Ich mußte den Reichstag auflösen, und hoffe von einem neuen Reichstage die Zustimmung zur Militärvorlage. Sollte aber auch diese Hoffnung täuschen, so bin ich gewillt, Alles, was ich vermag, an die Erreichung derselben zu setzen.“ — Das Volk wird verstehen, ohne daß wir einen Kommentar geben. Der gegangene Bismarck ist dem Schreiber des Briefes der kommende Mann. Caprioli, der in gewissen Kreisen schon seit längerer Zeit nicht mehr als schneidig genug gilt, soll dem Manne Platz machen, der schon 1890, als er seinen Sturz vor Augen sah, an einen Staatsstreich und einen passenden General für eine Straßenschlacht dachte. — Wähler seid auf der Hut! Und befeitigt am 15. Juni durch ein Millionenvotum die letzte Möglichkeit der Rückkehr Bismarcks!“ Dazu bemerkt die „D. V. Z.“: „Bedarf die Thatfache eines Kommentars? Am 9. Mai schreibt der Regent von Braunschweig einen Privatbrief und am 13. Mai veröffentlichte das socialdemokratische Blatt diesen Brief bereits! Die Partei hat also gute Freunde in der aller nächsten Nähe von Staatsmännern, Fürsten, Regenten und hohen Militärs und diese Freunde machen sich zur Aufgabe, die Parteileitung über intime Dinge zu informiren. Das allerdings ist bisher noch nicht erlebt worden. Was der „Vorwärts“ zu diesem vom Absender fraglos auf unehrliche Weise erworbenen Briefe vom Parteihandpunkte aus beifügt, ist nebensächlich und beweist nur, wie sehr die Partei des Umsturzes den greisen Staatsmann im Sachsenwalde fürchtet, beinahe so sehr, wie das triumphirende Centrum! Aber die „Genossen“ würden sich irren. Je mehr Socialdemokraten in den Reichstag kommen, um so notwendiger ist dem deutschen Vaterlande ein Bismarck, oder ein Mann seiner geistigen Energie und seines Ausblickes.“ — Das „Leipziger Tageblatt“ bemerkt zu der Veröffentlichung, es werde die Hoffnung erweckt, daß wirklich abermals ein Versuch werde unternommen werden, die unheilvolle Schranke zu beseitigen, die zwischen dem Kaiser und dem Fürsten

Bismarck sich gebildet hat. Daß mehr als eine Beseitigung dieser Schranke möglich sein werde, daran denkt gewiß Prinz Albrecht von Preußen am allerwenigsten. Aber mehr wünscht auch Fürst Bismarck selbst und wünscht seine größten Verehrer nicht. Ihnen genügt die Beseitigung jener Schranke, mit der zugleich ein tief beklagenswerther Zwiespalt aus den Herzen von Millionen Deutschen verschwinden würde. Wir klammern uns an dieses „Strohhalmchen“ von Hoffnung und wissen, daß wir im Namen von Millionen sprechen, wenn wir sowohl an den Prinzen Albrecht, wie an den Unbekannten, an den der mitgetheilte Brief gerichtet ist, die dringende Bitte richten, den Vermittlungsversuch zu unternehmen, der dem Prinzen so sehr an Herzen liegt. Gelänge dieser Versuch, so würde der Vermittler ein unsterbliches Verdienst sich erringen.

Deutsches Reich. Die freiconservative „Schles. Ztg.“ äußert sich über die Veröffentlichung der Ansprache auf dem Tempelhofer Felde, indem sie schreibt: „Wäre die Rede für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen, so hätte der „Reichsanzeiger“ sie gebracht. So müßten wir die ganze Meldung des officiellen Blattes für unbegreiflich halten. Man wird sich der zahlreichen Versionen erinnern, die seiner Zeit über die angeblich vom Kaiser bei Einbringung der Militärvorlage gleichfalls an einen Kreis von Officieren gehaltenen Ansprache verbreitet wurden. Keine dieser Versionen konnte mit dem späteren Verhalten der Regierung in Einklang gebracht werden. Das wird möglicherweise auch jetzt eintreten.“

Die „Freis. Ztg.“ freut sich, mittheilen zu können, daß, soweit sich zur Zeit übersehen läßt, mindestens acht Zehntel derjenigen Wahlkreise, in denen bisher freisinnige Organisationen bestanden, den Anschluß an die freisinnige Volkspartei vollzogen oder in Aussicht hätten. Aus einzelnen Gegenden werde der Wunsch laut, für die neue Partei den Namen der alten Fortschrittspartei wieder anzunehmen. Namentlich sei dies im rechtsrheinischen Bayern und in Berlin der Fall. „Wir möchten die Parteigenossen dringend bitten, diese Frage zur Zeit nicht zum Gegenstand weiterer Erörterungen zu machen, sondern gleich allen andern formellen Fragen bis zum Parteitag nach den Wahlen zu vertagen.“

Das Sigmundthum, das auch in die Arme seines Einzug gehalten hat, dürfte hier bald von der Bildfläche wieder verschwunden sein. Wie bestimmt verlautet, hat der Kaiser sein Mißfallen über die unvorschriftsmäßigen Uniformen unzweideutig zu erkennen gegeben, und im Anschluß daran sollen auch bereits die Commandeure einzelner Truppentheile geharnischte Befehle losgelassen haben.

Zu dem Humberg mit den Ahtwardtschen Acten theilt der cand. theol. Gaedeke der „Staatsb. Ztg.“ mit, daß er bei der sogenannten Prüfung der Acten in Arnswalde dagegen protestirte, dieselben für richtig befunden zu erklären. Bekanntlich ist Ahtwardt noch nicht aus seiner Stellung als Rector entlassen, sondern begiebt sich immer aus städtischen Mitteln die Hälfte seines Gehaltes, obwohl ihn die staatliche

Bekanntmachung.

Der **Neubau** eines massiven Geräthschuppen, 200 □-Meter groß, für Gemeinde **Gröba** soll vergeben werden. Zeichnung, Anschlag und Bedingungen sind während der Expeditionsstunden im hiesigen Gemeindeamt einzusehen.

Schriftliche Offerten sind bis **25. Mai d. J.** mit der Aufschrift „**Geräthschuppenbau betreff.**“ an das **Gemeindeamt in Gröba** einzureichen. Gröba, am 9. Mai 1893.

Der Gemeinderath.

H. Otto, Vors.

A. 335.

Der Schulhausneubau zu Gröba

soll mit Ausschluß der Tischler-, Glaser-, Klempner-, Ofen- und Schieferdeckerarbeiten am **Sonnabend, den 20. Mai 1893, Nachm. 3 Uhr** im **Großschen Gasthof zu Gröba**

unter den vorher bekanntgegebenen Bedingungen an den Mindestfordernden, jedoch mit Auswahl unter den Vicarianten, in **Submission** gegeben werden. Bauzeichnung, Kostenanschlag, Baubedingungen u. s. w. liegen bei dem Unterzeichneten in den Expeditionsstunden aus. Gröba, den 13. Mai 1893.

Der Schulvorstand.

P. Werner.

Disziplinarbehörde bereits seit dem 1. Januar 1891 suspendirt hat. Nachdem er jetzt seine Immunität als Abgeordneter verloren hat, wird das Disziplinarverfahren, wie es heißt, wieder aufgenommen.

Größer, als je zuvor, ist diesmal die Zahl derjenigen alten und über den Kreis ihrer Parteigenossen hinaus angehenden Parlamentarier, die sich nicht wieder um ein Mandat zum Reichstage bewerben wollen. Wenn auch nicht alle diese Parlamentarier damit endgiltig aus unserem öffentlichen Leben ausscheiden dürften, so ist doch ihr vorübergehender Rücktritt gerade im gegenwärtigen ernstesten Augenblick von folgenreicher Bedeutung. Fast ausnahmslos gehören sie zu den Anhängern der Militärvorlage und haben sich dadurch in einen Gegensatz zu der großen Mehrheit ihrer bisherigen Partei gesetzt. Namentlich im Centrum scheinen fast sämtliche Besinnungsgegenossen des Freiherrn von Huene freiwillig das Feld räumen zu wollen, wodurch die liberale Richtung ganz von selbst die Oberhand oder doch mindestens im Wahlkampf eine günstigere Stellung erhalten würde, als es noch vor kurzem den Anschein hatte. Die „Köln. Volks-Ztg.“ führt die Absicht des Freiherrn von Huene, sich nicht mehr um ein Reichstagsmandat zu bewerben, auf den Grund zurück, der Centrumsabgeordnete wolle nicht seinen Namen in der Wahlparole gegen das gesammte Centrum ausspielen lassen, mit dem er sich, außer in der Militärfrage, vollkommen eins wisse. Auf diese Weise sei die Absicht der Regierung, durch Erhebung des Antrages Huene zur Wahlparole eine Spaltung des Centrums herbeizuführen, gescheitert.

Zur Geschichte der beiden neuesten freisinnigen Parteien schreibt die „Köln. Ztg.“: „Die beiden neuen Parteien fordern ihre Besinnungsgegenossen auf, ihnen Geld zu Wahlzwecken zur Verfügung zu stellen, und es scheint Eugen Richter ganz besonders unangenehm zu sein, was die „Kölnische Zeitung“ über den vorhandenen und zur Auftheilung gekommenen Parteifonds der freisinnigen Partei gesagt hat. Offenbar hofft er, daß die Spenden seiner Anhänger besser fließen werden, wenn man sie zu dem Glauben bringen könne, die neue Partei sei ärmer als eine Kirchenmaus. Bei der Auftheilung des Vermögens aber ist dem Herrn Richter und seiner Partei der weitaus größere Theil zu gefallen, 120 000 Mk.; das ist als Grundstock für die Wahlagitacion ein ganz hübscher Anfang.“

In einer am Sonnabend in Berlin stattgefundenen Sitzung wurde die Auflösung des deutschen Bauernbundes für den 30. Juni 1893 beschlossen; das Vermögen, das gegen 40 000 Mk. beträgt, wird von diesem Zeitpunkt an Eigentum des Bundes deutscher Landwirthe.

Frankreich. Endlich haben die Franzosen wieder einen neuen Petros, vor dem sie ihre Hanswursthüpfen der Begeisterung machen können. Es ist dies General Dobbs, der „Besieger des Königs Behanzin von Dahomey“. Am Donnerstag ist der „große Dobbs“ in Marseille angekommen